



DIE INTERNATIONALE STRATEGISCHE LAGE

Einschätzungen zu Beginn
des Jahres 2024

Gesellschaft
denken

Klaus Naumann

Das Roman Herzog Institut

Das Roman Herzog Institut setzt sich als Think Tank mit den Gegenständen Werte, Führung und Zukunft auseinander. Gegenwärtige Schwerpunkte sind das Verhältnis von »Demokratie und Autokratie« sowie »gute Führung« auf strategischer Ebene. Dazu lädt das Institut Expert*innen verschiedenster Disziplinen nach München ein.

Neben der Herausgabe eigener Publikationen und der Ausrichtung wissenschaftlicher Veranstaltungen geht das Institut in seinen YouTube- und Podcast-Formaten mit bekannten Wissenschaftler*innen in die Tiefe der Themen und ihrer Forschung.

Impressum

© 2024 Roman Herzog Institut e. V.

Herausgeber:
Roman Herzog Institut e. V.

Kontakt:
Dr. Martin Michael Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
Telefax 089 551 78-755
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

ISSN 1863-8090
ISBN 978-3-941036-73-4

Foto Seite 3:
Roman Herzog Institut e. V.

**Diese Publikation ist beim Herausgeber
kostenlos erhältlich auf
www.romanherzoginstitut.de**

Zitate aus dieser Publikation sind
unter Angabe der Quelle zulässig.



Folgen Sie uns auf ...



DIE INTERNATIONALE STRATEGISCHE LAGE

Einschätzungen zu Beginn
des Jahres 2024

Klaus Naumann

Gesellschaft
denken

Inhalt

| | | |
|----------|---|-----------|
| | Vorwort | 3 |
| | Randolf Rodenstock | |
| 1 | Die allgemeine strategische Lage | 5 |
| 2 | Die bestehenden Konflikte | 13 |
| 2.1 | Wo steht Deutschland in den aktuellen Konflikten? | 16 |
| 2.1.1 | Ukraine | 16 |
| 2.1.2 | Nahost | 20 |
| 2.2 | Folgerungen für Deutschland und Europa | 24 |
| 3 | Die sicherheitspolitische Agenda 2024 | 29 |
| | Autor | 35 |

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit für Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Vorwort



Vor 75 Jahren wurde die Bundesrepublik gegründet – nach den Schrecken von Nazidiktatur und Zweitem Weltkrieg. Über Jahrzehnte konnten wir in einem friedlichen, geeinten Europa leben. Doch mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist auch unsere Sicherheit massiv bedroht. Präsident Putin will seinen Machtbereich in Osteuropa ausdehnen und den demokratischen Westen destabilisieren. Im eskalierten Nahostkonflikt zwischen Israel und der Hamas verfolgen Akteure wie der Iran und die Türkei ihre eigene Agenda. Und in Fernost gefährden Chinas Expansionspläne den Frieden.

Stehen wir am Beginn einer neuen Weltordnung? Welche Rolle spielt der Westen – und welche sollte er spielen? General a. D. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, nimmt dazu Stellung. Er sieht die Sicherheit Europas gefährdet, sollten die europäischen NATO-Partner ihre Verpflichtungen gegenüber dem Bündnis nicht erfüllen. Europa verteidigungsbereit machen lautet für ihn das Gebot der Stunde.

Weitblick und gute strategische Führung tun not. Denn nur eine starke europäische Gemeinschaft wird in Zukunft politisches Gewicht haben und entschlossen für Frieden und Freiheit eintreten können.



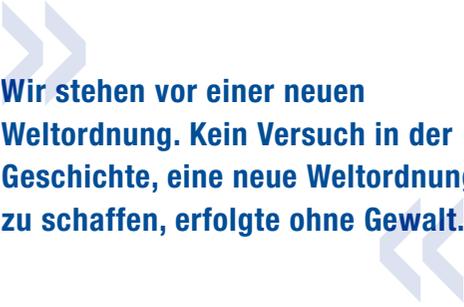
Professor Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender Roman Herzog Institut e.V.

— Kapitel 1

Die allgemeine strategische Lage

Die Welt steht am Beginn der Entwicklung einer neuen Weltordnung. Ob sie weiterhin eine regelbasierte Ordnung sein wird, ist offen. Kein Versuch in der Geschichte, neue Ordnungen zu schaffen, ist ohne Gewalt abgelaufen. Die Welt muss sich schon deshalb auf anhaltende, gleichzeitige und an verschiedenen Orten stattfindende kriegerische Konflikte einstellen.

Für Europa kommt hinzu, dass die Zeit kooperativer Sicherheit vorbei ist, weil deren Voraussetzung, gegenseitiges Vertrauen, durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin für lange Zeit zerstört ist. Dennoch wird allgemein – vor allem in Deutschland – noch nicht verstanden, dass dies bedeutet, sich nun auf konfrontative Sicherheit einzustellen: Nur Sicherheit gegen Russland bringt Sicherheit vor Russland.



Wir stehen vor einer neuen Weltordnung. Kein Versuch in der Geschichte, eine neue Weltordnung zu schaffen, erfolgte ohne Gewalt.

Gegenwärtig ist ein wesentliches Kennzeichen des vergangenen Jahres, welches das blutigste seit 1994 war, dass die Welt eine Ablehnung des globalen Südens gegen den von den USA geführten Westen und gegen die bei uns übliche freiheitliche demokratische Ordnung im Rahmen einer durch die Kraft der Gesetze gesicherten Staatsordnung erlebt hat. Diese Entwicklung wird anhalten und sie wird durch die autokratischen Mächte, vor allem China und Russland, geschürt und genutzt werden, weil sie darin eine Chance sehen, ihre Einflusszonen auszuweiten, auch weil sie irrtümlich glauben, der Abstieg der USA werde andauern. Es ist deshalb auch im Jahr 2024



Die Welt erlebt eine Auflehnung gegen den Westen und seine freiheitliche demokratische Ordnung.

nicht nur mit dem Anhalten der bestehenden, sondern sogar mit neuen bewaffneten Konflikten zu rechnen.

Mit dieser Lage müssen in unserer westlichen Welt Regierungsorganisationen fertigwerden, die – mit Ausnahme der USA – zwar auf die Bewältigung einer, manchmal auch zweier gleichzeitiger Krisen ausgerichtet sind, nicht aber auf die in Zukunft wohl wahrscheinliche Gleichzeitigkeit mehrerer Krisen, die nahezu alle in ihren Auswirkungen, insbesondere auf Handel und Wirtschaft, globaler Natur sein dürften. Die jüngste Entwicklung im Roten Meer – zugleich ein Beispiel für asymmetrische und hybride Kriegführung, die, obwohl regional ausgeführt, wirtschaftlich globale Folgen hat – kann als Beleg für diese Aussage dienen.

Viele dieser Krisen werden ohne zunächst erkennbare Anwendung unmittelbarer Gewalt geführt werden und sie beginnen vielfach durch mediale Beeinflussung lange vor ihrer Erkennbarkeit durch tradierte Politik. So gesehen, befindet sich die Welt möglicherweise seit Jahren in einem Weltkrieg, ohne dessen Beginn erkannt zu haben oder diese Dimension wahrzunehmen.

Zusätzlich erweisen sich unsere auf Reaktion ausgerichteten und international auf Einstimmigkeit angewiesenen Regierungs- und internationalen Organisationen als wenig geeignet, der Schnelligkeit und Vielzahl der Informationen aus den sozialen Netzwerken gerecht zu werden.



**Vielleicht befinden wir uns schon
seit Jahren in einem Weltkrieg,
ohne das verstanden zu haben.**

Des Weiteren ist das bevorzugt genutzte, weil oft als einzig anwendbar gesehene Instrument der Sanktionen dringlich zu verbessern. Es fehlt an Überwachung sowie an der Bereitschaft, gegen Sanktionsbrecher vorzugehen und Drittstaaten zu sanktionieren, die durch Umgehungshandel profitieren.

Die Herausforderung schlechthin wird jedoch sein, der Gleichzeitigkeit und Globalität mehrerer Krisen gerecht zu werden, angepasste Regierungsformen und -organisationen zu entwickeln und im Handeln vielfach statt Reaktion auf Prävention und möglicherweise auch Präemption, eventuell auch unter Einschluss von Gewaltanwendung, umzustellen.

Ob und wo das Bewusstsein für diese Notwendigkeiten in den Regierungszentralen vorhanden ist, ist mir nicht bekannt. Ich nehme aber an, man zögert, Änderungen anzupacken – nicht zuletzt weil dieses Jahr Wahlen in mehr als 70 Ländern dieser Welt bringen wird und davon 4,2 Milliarden Menschen, also etwas mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung, betroffen sein werden.

Manche mögen das einen Test der Demokratie nennen, sollten dann allerdings auch erwähnen, dass von diesen 4,2 Milliarden tatsächlich nur etwa 40 Prozent in Demokratien leben und dass Wahlen ohne rechtsstaatliche Ordnung keineswegs als Beleg von Demokratie dienen können. Wahlen in freien Gesellschaften gewinnt man aber im Allgemeinen nicht mit der Aufforderung, grundlegenden Wandel zu wählen. Das bequeme »Weiter so« wird vielfach als Schlüssel zum Erfolg gesehen.

Zumindest die westliche Welt wird deshalb mit einer unruhigen globalen Situation und dafür ungeeigneten Instrumenten fertigwerden müssen. Hinzukommen könnte der sich beschleunigende Klimawandel mit der Gefahr zunehmender Naturkatastrophen, die oftmals die ärmsten Länder treffen, die wiederum am stärksten von ungebremstem Bevölkerungswachstum, vor allem in Afrika, geschwächt sein dürften. Ressourcenmangel, Hunger und Wassermangel werden Kennzeichen des kommenden Jahrzehnts sein.

Eine Folge könnte sein, dass in den ärmsten Ländern vermehrt Autokraten dominieren werden, aber auch in unserer westlichen Welt die Tendenz zu illiberalen Regierungsformen zunehmen könnte. Für die Europäische Union könnte das weitere Spaltung und damit wachsenden Einfluss Chinas und Russlands bedeuten.

All diese Entwicklungen treten jedoch in ihrer Gewichtung in den Hintergrund vor der Entscheidung, die am 5. November 2024 in den USA getroffen werden wird. Die Präsidentschaftswahl im unverändert mächtigsten Land der Welt hat mehr als alle vorangegangenen Wahlen wahrhaft globale Bedeutung.



Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in den USA könnte Europas Sicherheitsarchitektur erheblich beeinflussen.



Das Ergebnis der US-Wahlen am 5. November wird nicht nur darüber entscheiden, ob die USA langfristig die einzige globale Macht dieser Welt bleiben werden. Das Wahlergebnis könnte kurzfristig die internationale Lage in allen gegenwärtigen wie künftigen Konflikten

dramatisch verändern. Mehr als irgendwo sonst könnte diese Wahl die Sicherheitsarchitektur in Europa beeinflussen.

Sollte Donald Trump gewinnen, dann wird er zwar nicht aus der NATO austreten, weil er dazu eine nicht erreichbare Zwei-Drittel-Mehrheit im Kongress bräuchte. Aber er wird das amerikanische Engagement und vor allem die unersetzbare atomare Garantie, die letztlich sicherheitsentscheidend ist, davon abhängig machen, ob Europa und hier vor allem Deutschland das 2-Prozent-Ziel von 2014, wonach jedes NATO-Mitglied mindestens 2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in die Verteidigung investieren sollte und das vergangene Jahr beim NATO-Gipfel in Riga bestätigt wurde, tatsächlich erreicht. Doch auch eine zweite Administration Biden wird den Schwerpunkt der USA nicht in Europa, sondern in Asien sehen.

Der Unterschied dürfte sein, dass das amerikanische Schutzversprechen bei Trump so wanken könnte, dass Putin Versuche unternehmen könnte, seine im Dezember 2021 klar formulierten Ziele in die Tat umzusetzen. Deutschland wie Europa müssen sich deshalb darauf einstellen, dass Russland frühestens ab 2025/26 sehr begrenzte neue Kriege, sozusagen einen Test des Zusammenhalts der NATO, einen größeren Angriff auf europäische NATO-Staaten aber wohl kaum vor 2029/2030 führen könnte.

Nichtsdestoweniger würde bereits ein begrenzter militärischer Erfolg Putins beispielsweise im Baltikum das Ende der NATO wie der EU bedeuten, würde Russland zur Vormacht in Europa machen und aller Voraussicht nach innenpolitische Verwerfungen Richtung Illiberalismus in nahezu allen europäischen Staaten, auch in Deutschland, auslösen. Das Ziel einer Pufferzone vor Russland wäre damit für Putin erreichbar, die Vorherrschaft der USA auf ihrer europäischen Gegenküste wäre bedroht und damit wäre die für die globale Bedeutung Amerikas unverzichtbare Kontrolle Europas durch die USA gefährdet.

Das ist der Kern der politischen Herausforderung, vor der der Westen im Jahr 2024 stehen wird, und diese hat eine ganz einfache Messlatte: die Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO.

Der Westen hat durchaus das Potenzial, Putins Expansionspläne zu verhindern, vorausgesetzt er bleibt geschlossen und die Politiker und die von ihnen geführten Bevölkerungen im freien Europa erkennen endlich die Gefahr und handeln entschlossen. Geschieht das, dann kann Europa auch bei einer Wahl Trumps zuversichtlich sein. Schließlich entspricht Russlands Wirtschaftskraft gerade mal der Italiens, und bei Nachdenken wird man auch in den USA erkennen, dass der Verlust Europas das Ende amerikanischer Welt-herrschaft bedeuten würde. Was gegenwärtig allerdings bedenklich stimmt, ist die fehlende Führungsstärke in Europa und vor allem in Deutschland.



**Bleibt der Westen geschlossen
und handelt er entschlossen,
lassen sich Putins Expansionspläne
verhindern.**

Es stehen Deutschland somit mehr als unruhige Zeiten bevor, und so bleibt jetzt nur die Hoffnung, dass auch in Berlin die Gefahr endlich erkannt und dementsprechend parteiübergreifend gehandelt wird. Vor diesem Hintergrund sind die derzeitigen in das Jahr 2024 hineinwirkenden Konflikte zu bewerten, und es ist zu fragen, ob und wo neue Konflikte entstehen könnten.

— Kapitel 2

Die bestehenden Konflikte

| | | |
|-------|---|----|
| 2.1 | Wo steht Deutschland in den aktuellen Konflikten? | 16 |
| 2.1.1 | Ukraine | 16 |
| 2.1.2 | Nahost | 20 |
| 2.2 | Folgerungen für Deutschland und Europa | 24 |

Gegenwärtig sind es zwei Konflikte, die Europa und Deutschland unmittelbar berühren und die nach Positionierung verlangen: der Ukraine-Krieg, der nun schon zwei Jahre dauert, und der blutige Konflikt im Nahen Osten seit dem 7. Oktober 2023.

Beide Konflikte sind durch das Einwirken der USA, Russlands und Chinas miteinander verknüpft und doch sehr unterschiedlich. Sie haben gemein, dass mit ihnen die Gestaltungskraft des freien demokratischen Westens herausgefordert und Russland gemeinsam mit China die Möglichkeit gegeben wird, zu versuchen, den globalen Süden hinter sich zu einen. Dies zu verhindern, ist die strategische politische Herausforderung schlechthin, für den Westen in Gänze, besonders aber für Europa.



Putin will eine Pufferzone vor Russland errichten, Europa schwächen und das Ende der NATO herbeiführen.



Strategisch gilt es deshalb, Lösungen zu finden, den globalen Süden einzubinden. Dann erst kommen die operativen Fragen: was zur Beendigung, zumindest zur Eingrenzung dieser Konflikte zu tun ist, wo Deutschland und Europa in diesen Konflikten stehen und ob – oder wenigstens welche – Lösungen zu erkennen sind.

In diesen beiden Konflikten haben die Gegenspieler des Westens sehr unterschiedliche Zielsetzungen:

- Im Fall der **Ukraine** ist es das mittelfristige russische Bestreben, eine Einflusszone vor Russland zu errichten, Europa zu schwächen und, wenn möglich, die USA aus Europa zu vertreiben, also

das Ende der NATO herbeizuführen. Zusätzlich könnte Russland langfristig versuchen, den globalen Süden hinter sich zu scharen, um eine Bipolarität USA/China zu verhindern.

- Im Fall **Nahost** ist es das Ziel der vom Iran gestützten und instrumentalisierten Hamas, die Versicherung der Juden in aller Welt endgültig zu zerstören, dass es einen sicheren Platz namens Israel für sie geben könnte, und zu verhindern, dass Israel einen Ausgleich mit den dem Hegemoniestreben des (schiitischen) Iran im Wege stehenden sunnitischen Golf-Staaten und mit Ägypten findet. Gleichzeitig will der Iran verhindern, dass die USA wieder in dieser Region gestaltend wirken können. So gesehen ist der von der Hamas – möglicherweise aus Teherans Sicht zu früh – gestartete Konflikt Teil des Ringens um den globalen Süden und damit um die Vormacht in der Welt.

Der Westen hingegen hat keine überzeugende strategische Zielsetzung. »Unterstützung der Ukraine so lange wie nötig« und »Wir stehen an der Seite Israels« sind keine Strategien.



**Die Hamas will die Versicherung der
Juden zerstören, dass es für sie einen
sicheren Platz namens Israel gibt.**

2.1 Wo steht Deutschland in den aktuellen Konflikten?

2.1.1 Ukraine

Deutschland ist neben den USA der Unterstützer der Ukraine schlechthin und verurteilt eindeutig Russlands hegemoniale Ambitionen. Der Ukraine ist es im Laufe des Jahres 2023 nicht gelungen, den russisch besetzten Teil des Landes im Süden zu durchstoßen, um damit die Zugänge zur Krim abzuschneiden und so die russischen Besatzer zu isolieren.

Die ukrainische Offensive ist insgesamt aber nicht als gescheitert zu bewerten, denn es gab geringe Geländegewinne, die russischen Streitkräfte haben schwere Verluste erlitten und vor allem ist die russische Kontrolle des Schwarzen Meeres insgesamt doch recht löchrig geworden. Es ist somit ein Patt entstanden, das bis auf Weiteres erneut schwere Opfer der ukrainischen Zivilbevölkerung und einen für beide Seiten verlustreichen Stellungskrieg nach sich ziehen dürfte.

Angesichts des größeren Ressourcenbedarfs vor allem an Personal und Material und der insgesamt zunehmend schwächeren Unterstützung der Ukraine durch die westlichen Staaten könnte die Waage sich trotz der beträchtlichen Verluste Russlands an Personal und Material immer mehr zugunsten Russlands neigen, vor allem, wenn die USA aus innenpolitischen Gründen als der wichtigste Unterstützer ausfallen sollten.



**Deutschland ist neben den USA
der wichtigste Unterstützer der
Ukraine und stellt sich gegen
Russlands Hegemoniestreben.**



Die Anerkennung von Russland geraubter Gebiete zerstört den Kern der europäischen Friedensordnung: keine Grenzen mit Gewalt verändern.

Zudem ist vermutlich bis zum Sommer eine Verstärkung der russischen Angriffe zu erwarten, weil Putin nach der Farce der russischen Präsidentschaftswahlen vom März 2024 Erfolge suchen wird – und weil er weiß, dass er seine im Dezember 2021 verkündeten strategischen Ziele nicht erreichen und noch nicht einmal die Ukraine in Gänze unter seine Kontrolle bringen kann.

Russland hat zwar erfolgreich seine Industrie auf Kriegswirtschaft umgestellt und wird damit wohl in der Lage sein, die gewaltigen Verluste in der Ukraine in circa fünf Jahren auszugleichen. Eine komplette Besetzung der Ukraine dürfte Putin allerdings selbst dann kaum gelingen, denn er hat eine bis 2022 so nicht existierende ukrainische Identität geschaffen. Sie wird nun dazu führen, dass Russland voraussichtlich mit einem lang anhaltenden Guerilla-Krieg in der Ukraine rechnen müsste. Das gilt natürlich nicht für die besetzten Gebiete im Donbass und auf der Krim.

Über die Ukraine hinaus wäre Russland nach Ausgleich der beträchtlichen Verluste in der Ukraine vermutlich in der Lage, frühestens 2029/30 einen neuen, größeren Angriff auf Europa zu starten. Dessen Ziel wäre – zumindest als Zwischenziel – die »Rückeroberung« der baltischen Staaten und nach Eingliederung von Belarus vermutlich auch die Moldawiens.

Russland ist somit militärisch und politisch geschwächt in das Jahr 2024 gegangen. Aber Russland wird seine Ziele nicht aufgeben. Des-

halb müssen Europa ebenso wie die NATO so schnell wie möglich ihre Verteidigungsfähigkeit wiederherstellen und die nukleare Abschreckungsfähigkeit zumindest erhalten.

Zu Verhandlungen und damit zu einem Einfrieren des derzeitigen Zustands dürfte Putin nicht wirklich bereit sein. Entsprechende Signale dienen vor allem dem Ziel, den Westen noch mehr zu spalten. Auch die Ukraine ist derzeit nicht verhandlungsbereit, denn das Ziel, die von Russland widerrechtlich besetzten Gebiete zurückzuerobern, wird bestehen bleiben. Und das muss es auch, sogar aus Sicht des Westens, denn jede Anerkennung von Russland geraubter Gebiete wäre das Ende des zentralen Elements der bestehenden europäischen Friedensordnung, keine Grenzen mit Gewalt zu verändern.

Putin setzt daher auf Zeit und hofft auf ein Zerbrechen der Unterstützung der Ukraine und insbesondere auf Wahlergebnisse in den USA, aber auch in Großbritannien, die ein Ende der westlichen Unterstützung der Ukraine bringen könnten. Deutschland, das ebenso wie die USA entscheidenden Anteil daran hat, dass die Ukraine in den vergangenen zwei Jahren nicht verloren hat, aber – nicht zuletzt durch oft zögerliche Unterstützung – auch nicht gewinnen konnte, muss sich im Laufe der nächsten Monate erneut kritisch fragen, welches politische Ziel erreichbar ist. Die oft gestellte Frage, ob man nicht doch endlich weitreichende Präzisionswaffen liefern sollte, ist zwar unverändert richtig, im Vergleich zu der Frage, ob man einen ukrainischen Erfolg wirklich will, aber nachrangig.

Entscheidend könnte sein, den Russen deutlich zu machen, dass Putins Krieg das Land politisch aus vier Gründen bereits jetzt und unabänderlich zum Verlierer gemacht hat:

- Russlands Krieg hat eine nie zuvor existierende geeinte Ukraine erzeugt, die in den Westen Europas will.
- Er hat durch die Mitgliedschaft Finnlands und Schwedens die NATO gestärkt und

- er hat Russland einen seiner beiden Zugänge zum Atlantik, den durch die Ostsee, genommen.
- Vor allem aber: Russland hat alles Vertrauen verspielt, das es mehr denn je braucht, um Kooperation wiederherzustellen. Ohne Kooperation wird Russland zum einflusslosen Rohstofflieferanten Chinas und muss das Ziel begraben, jemals durch eine Führungsrolle im globalen Süden Augenhöhe mit den USA und China erreichen zu können.

Das Jahr 2024 wird voraussichtlich also keine deutliche Veränderung der militärischen Lage in der Ukraine bringen – vorausgesetzt, die westliche Unterstützung bleibt zumindest im derzeitigen Maße erhalten und der Ukraine gelingt es, ihre Personalprobleme zu bewältigen.

Zu Verhandlungen könnte es frühestens Mitte 2024 kommen, weil ein vorläufiges Ende des Ukraine-Krieges mit vorläufigen Grenzen für Joe Biden den Wahlgewinn in den USA bedeuten könnte. Allerdings steht dem entgegen, dass Putin seine Hoffnungen mit einem für ihn günstigen Wahlergebnis in den USA – also dem Sieg Trumps – verbinden dürfte. Platzen diese oder gibt es militärische Erfolge der Ukraine, dann könnte Putin gezwungen sein, einer vorläufigen Lösung zuzustimmen, um durch eine Pause erst einmal wieder Kraft zu sammeln.

In beiden Fällen wäre das Ergebnis immer nur ein Zwischenschritt, denn Putin wird die besetzten Gebiete nicht räumen und die Ukraine



**Europa muss verteidigungsbereit sein:
Nur Sicherheit gegen Russland
bringt Sicherheit vor Russland.**



wird sie nicht aufgeben. Europa wiederum darf sein strategisches Ziel, die Wahrung und den Schutz der Ukraine in den Grenzen von 1991, nicht aufgeben. Dies wäre das Ende jeglicher Hoffnung auf einen belastbaren Frieden in Europa. Selbst bei einer Waffenruhe im Zuge von Verhandlungen bliebe Europa somit auch nach 2024 durch einen anhaltenden Krieg im Osten gebunden und muss sich verteidigungsbereit machen.

Für Europa wie Deutschland hieße bereits eine Waffenruhe, sich darauf einzustellen, zur Sicherheit der Ukraine – eventuell sogar durch militärische Präsenz – beizutragen und dann eine Regelung für den endgültigen Sicherheitsstatus der Ukraine einschließlich der Entscheidung über eine NATO-Mitgliedschaft zu finden. Bedauerlich ist, dass es zunächst zu einem Alleingang Frankreichs kam, obwohl eine deutsch-französische Gemeinschaftsinitiative zum Schutz der Ukraine sicherlich richtiger gewesen wäre.

Zusätzlich muss Deutschland bereits jetzt endgültig von der Formel Abschied nehmen, Sicherheit gäbe es nur mit Russland. Nun gilt es, Sicherheit vor Russland zu erreichen, und die gibt es nur gegen Russland. Dieses Ziel ist aber bis auf Weiteres gegen die Nuklearmacht Russland nur mit den USA als Verbündetem Europas zu verwirklichen. Sie zu sichern, muss daher strategische und politische Priorität Europas bleiben.

2.1.2 Nahost

Im Konfliktfall Nahost darf man auf westlicher Seite bei allem Bestreben, das Leiden der Palästinenser zu verringern, und trotz nicht unberechtigter Kritik an der militärischen Operationsführung Israels den Ausgangspunkt nicht aus den Augen verlieren: Einen Frieden mit der Hamas wird es nicht geben, ja kann es nicht geben, solange das Ziel der Hamas die Auslöschung Israels bleibt. Alle bestehenden Forderungen nach Waffenstillstand übersehen diesen zentralen

Punkt, der die Grundlage einer Zweistaatenlösung bis auf Weiteres zerstört hat, und lassen auch außer Acht, dass die arabische Welt kein echtes Interesse hat, einen Palästinenserstaat entstehen zu lassen. Interesse an einem Palästinenserstaat hat allenfalls der Iran, denn damit hätte der Iran einen Verbündeten, den man nutzen könnte, um Israel zu binden und die sunnitischen Staaten am Persischen Golf zu schwächen.



**Solange die Hamas Israel
auslöschen möchte, wird es mit
ihr keinen Frieden geben.**

Ein erreichbares politisches Ziel zur Beendigung dieses Krieges ist derzeit nicht zu erkennen. Denn es mag wohl gelingen, die Hamas militärisch zu besiegen. Aber die Vorstellung der Hamas, der einzige wirksame Vertreter Palästinas zu sein, ist nicht auszulöschen. Zudem ist das Interesse der Regierung Netanjahu an einer Beendigung der Kampfhandlungen begrenzt. Dann würden nämlich die Fragen nach der Schuld für das anfängliche Versagen Israels ebenso auf die Tagesordnung gesetzt werden wie das Festhalten am Schutz der Siedler im Westjordanland, das eine Zweistaatenlösung nahezu unmöglich macht.

Israel wird deshalb vermutlich noch einige Zeit weiterkämpfen, zugleich aber versuchen, den Konflikt auf Gaza begrenzt zu halten. Das kann es aber nur, solange die USA an ihrer Unterstützung festhalten. Bis auf Weiteres ist deshalb auch in Israel von einem nahezu eingefrorenen Konflikt mit beträchtlichen militärischen Verlusten Israels, kaum erträglichen Verlusten unter der palästinensischen Bevölkerung und weltweit abnehmender Unterstützung Israels auszugehen.

Die Hamas dürfte im Krieg der Bilder somit eine Schuldumkehr erreichen: Die Verbrechen der Hamas vom 7. Oktober treten in den Hintergrund und die Bilder vom Bombenkrieg in Gaza dominieren.

Das Fehlen einer politischen Lösung wird den Druck auf die USA und auf Deutschland erhöhen, das im in dieser Frage ebenfalls gespaltenen Europa nahezu der einzige Unterstützer Israels geworden ist. Beide Staaten werden damit in den Augen des globalen Südens zunehmend unglaubwürdig, weil ihnen vorgeworfen wird, menschliches Leben und die Herrschaft des Rechts nur zu achten, wenn es um westliches Leben und westliche Prinzipien geht. Diese Haltung ist wiederum Wasser auf die Mühlen Putins und des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, sich als wahre Freunde der Länder des globalen Südens darzustellen.

Es wird vermutlich allerdings nicht zu einer Ausweitung des Krieges kommen, denn der Handlanger des Iran im Libanon, die Hisbollah, ist nach dem sehr verlustreichen Einsatz ihrer Kämpfer in Syrien noch nicht kriegsbereit und der Iran selbst ist das auch nicht, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen und wegen fehlender innerer Stabilität. Allerdings wird diese Lage den Iran anspornen, sein Atomwaffenprogramm zu beschleunigen, weil Teheran weiß, dass Atomwaffenstaaten kaum sanktionierbar sind.

Es könnte aber sein, dass internationaler Druck auf Israel bei einem Freilassen aller Geiseln durch die Hamas einen Waffenstillstand erzwingt, dessen Folge in Israel vermutlich das Ende der Ära Netanjahu sein dürfte und damit dazu führen wird, über eine politische Lösung aus israelischer Sicht nachzudenken, also die Frage zu beantworten, was mit den Palästinensern geschehen soll.

Eine Zweistaatenlösung mag politisches Verhandlungsziel bleiben, ist aber wenig wahrscheinlich, weil die Grundlage – nämlich Vertrauen in den Nachbarn Palästina – fehlt. Zudem fehlt auch ein Kriterium eines jeden Staates: das Staatsgebiet. Niemand wird die rund 700.000

konfliktbereiten Siedler aus den besetzten Gebieten vertreiben wollen und können, und ohne diesen Schritt gibt es de facto kein Staatsgebiet Palästina. Es wird also zunächst nur Zwischenlösungen geben wie einen entmilitarisierten, international überwachten Gazastreifen, das Beibehalten der Scheinautonomie im Westjordanland und den Beginn langer Verhandlungen.

Für eine abschließende Regelung ist derzeit kaum anderes denkbar als eine Rückkehr Gazas zu Ägypten mit einem Autonomiestatus eines international überwachten Gaza-Gebiets, einem Staat Israel mit Grenze am Jordan, einem Sonderstatus für die heiligen Stätten Jerusalems und autonomen, mit Jordanien kooperierenden Palästiniensergebieten im Westjordanland. Denn ein Abrücken Israels von seiner als unverzichtbar gesehenen Sicherheitsgrenze am Jordan und dem Zugang zum Wasser des Jordans ist nicht zu erwarten. Damit würde Jordanien zum eigentlichen Palästinenserstaat, dem Israel Zugeständnisse für seine Mitwirkung in den Autonomiegebieten im Westjordanland machen müsste.



Die arabische Welt hat kein echtes Interesse an einem eigenständigen Palästina. Jordanien könnte zum eigentlichen Palästinenserstaat werden.

Trotz anfänglicher Widerstände in der arabisch-sunnitischen Welt, in der Türkei und vor allem im Iran könnte ein solches Fernziel Voraussetzung für die weitere Annäherung der arabischen Staaten am Persischen Golf an Israel sein. Für diese durch die Abraham Accords eingeleitete Annäherung gibt es derzeit eine Pause, aber

keinen Abbruch. Der Nutzen guter Beziehungen zu Israel dient den arabischen Staaten in ihrem Bemühen, von Öl und Gas unabhängiger zu werden. Israelische Technik ist dafür unverzichtbar und für die arabischen Staaten Voraussetzung zur Eindämmung des iranischen Machtstrebens am Persischen Golf.

Eine solche Entwicklung wäre auch im Interesse Europas und sollte von Deutschland wie der EU gefördert werden. Sie könnte Stabilität vor Europas Toren bringen und zugleich neo-osmanischen Träumen der Türkei Grenzen setzen. Offen bleibt dabei allerdings, ob und wie man verhindern kann, dass der Iran Atomwaffenstaat wird. Er kann dieses Ziel schon bald erreichen; noch ist allerdings ein überwachtes Einfrieren als virtuelle Atommacht bei wirtschaftlichen Zugeständnissen nicht ausgeschlossen. Gelänge dies nicht, dürfte ein atomares Wettrüsten am Persischen Golf, in Ägypten und in der Türkei folgen – mit dramatischen Konsequenzen für Europa.



**Gelingt es nicht, den Iran einzuhegen,
droht ein atomares Wettrüsten
am Persischen Golf, in Ägypten
und in der Türkei.**



2.2 Folgerungen für Deutschland und Europa

Europa wie Deutschland bleiben somit durch beide Konflikte – in der Ukraine und in Nahost – gebunden und auch damit in Sicherheitsfragen abhängig von den USA. Sie müssen die amerikanische Bindung an Europa festigen. Dazu muss Europa seine Peripherie im Süden, Südosten und zunehmend auch im Norden

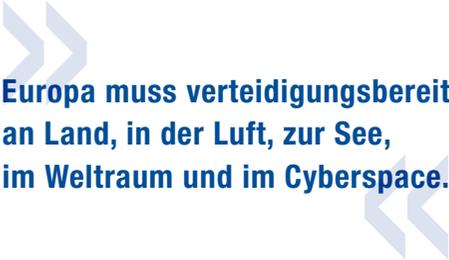


Die Sicherheit Europas durch die USA hängt ab von der Einhaltung des 2-Prozent-Ziels der NATO. Die Zeitenwende muss endlich vollzogen werden.

schützen und so viel eigenständige Sicherheit vor Russland wie möglich suchen. Dies ist der einzig sichere Schutz vor den Ungewissheiten der Präsidentschaftswahl in den USA im November 2024. Das Einhalten der Zusagen gegenüber der NATO ist dafür der erste, allerdings unumgängliche und vom Wahlergebnis in den USA unabhängige Schritt. Die Zeitenwende muss endlich vollzogen werden.

Wie Deutschland diese Verpflichtung erfüllen und gleichzeitig das heutige Verhältnis von investiven zu konsumtiven Ausgaben im Bundeshaushalt einhalten kann, ist eine der großen ungelösten politischen Fragen am Anfang des Jahres 2024. Die Lösung darf nicht die soziale Sicherheit zerrütten, muss aber bedenken, dass diese ohne äußere Sicherheit niemals erhalten werden kann. Eine Lösung zu finden, ist Teil der dringenden Notwendigkeit, sich auf eine erneute Präsidentschaft Trumps vorzubereiten, nicht nur darüber zu sprechen.

Trump's Wiederwahl würde eine Abkehr der USA von Europa bringen und den amerikanischen, vor allem nuklearen Schutzschirm recht löchrig machen. Weil das zu verhindern ist, müssen Deutschland wie Europa verstehen, was mit dem 2-Prozent-Ziel verbunden ist: wieder verteidigungsbereit werden, an nuklearer Teilhabe festhalten und Abschied nehmen von den nicht realisierbaren Gedankenspielen einer eigenständigen europäischen Atommacht und dem sogar mittelfristig nicht erfüllbaren Traum von einer Europaarmee.



Europa muss verteidigungsbereit sein: an Land, in der Luft, zur See, im Weltraum und im Cyberspace.

Verteidigungsbereit heißt, im gesamten NATO-Gebiet und seiner Peripherie europäische Komponenten der NATO in allen fünf Dimensionen der modernen Kriegsführung – also Land, Luft, See, Weltraum und Cyber – einsatzbereit zu machen. Peripherie heißt, auch den eisfrei werdenden Arktischen Ozean zu bedenken und in der Lage zu sein, zum globalen Schutz der freien Seewege beizutragen. Zusätzlich müssen europäische Streitkräfte zu Hilfe in Katastrophen weltweit bereit sein, vor allem aber müssen sie vermehrt auch die Konflikte im Auge behalten, in denen die USA europäische Unterstützung erwarten.

Ein solcher weiterer Konflikt könnte entstehen, wenn China fürchten müsste, Taiwan könne die Unabhängigkeit erreichen wollen. Das Wahlergebnis vom 13. Januar 2024 ist zunächst als Beruhigung zu sehen. Taiwan dürfte den bisherigen Kurs fortsetzen, also keine Unabhängigkeit erklären, aber die Eigenständigkeit Taiwans fördern.

Damit gäbe es zunächst keinen Kriegsgrund für Peking, das insgesamt allerdings weder wirtschaftlich noch militärisch gegenwärtig und bis auf Weiteres in der Lage ist, einen schnellen Erfolg gegenüber Taiwan zu erzielen, sofern Taiwan weiterhin auf die Unterstützung Japans, Südkoreas und vor allem der USA setzen kann. Die aber scheint gewiss, da nur mit Taiwan die strategische Linie Japan-Taiwan-Philippinen gehalten werden kann. Nur mit ihr kann China im Südchinesischen Meer eingedämmt, ein Ausgreifen in den Pazifik wie in den Indischen Ozean verhindert und die chinesische Kontrolle der Straße von Malakka ausgeschlossen werden. Dies wiederum ist für die USA strategische Bedingung für die Sicherheit ihrer pazifischen

Küste und im Falle der Straße von Malakka für Europa überlebenswichtig. Europa sollte stets bedenken, dass durch die Straße von Taiwan 90 Prozent der Containertransporte gehen und durch die Straße von Malakka mehr als 40 Prozent des Welthandels.

Derzeit ist also mit demonstrativen Gesten Pekings, nicht aber mit einem Angriff auf Taiwan zu rechnen. Zu einem derartigen Schritt ist Peking vermutlich frühestens in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts in der Lage.



Ein weiterer Krisenherd droht in Fernost: wenn China die Finger nach Taiwan ausstreckt.

Europa muss diese Entwicklung weit stärker als bislang im Auge behalten und es muss wirtschaftlich wie militärisch seine Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum verstärken und sichtbar machen. Dies gilt insbesondere auch für Deutschland, das sich nicht mit Worten begnügen darf, aber wegen seiner großen wirtschaftlichen Abhängigkeit von China nur sehr eingeschränkt handeln kann. Dennoch muss Deutschland in einer Krise in Asien solidarisch sein, im äußersten Fall auch militärisch, wenngleich sehr begrenzt, weil es nur dann mit Sicherheit durch die NATO rechnen kann, die ohne die USA nicht zu erreichen ist.

Weitere Konflikte allerdings eher regionaler Dimension könnten im unruhigen Gebiet des Kaukasus, im Westbalkan und natürlich in Afrika entstehen. Sie werden Aufmerksamkeit und Kräfte binden, aber kaum die globalen Auswirkungen zeitigen wie die genannten drei Konfliktherde.

— Kapitel 3

Die sicherheitspolitische Agenda 2024

Konsequenzen für das politische Handeln Deutschlands müssten in den ersten Monaten des Jahres 2024 gezogen werden, damit Deutschland bei den anstehenden internationalen Orientierungen – also 75 Jahre NATO beim Gipfel in Washington, der nach den Europawahlen zu bildenden EU-Kommission sowie der Wahl einer neuen EU-Präsidentin oder eines EU-Präsidenten und im Vorfeld des Entstehens einer künftigen US-Regierung – handlungsfähig ist.

Diese Konsequenzen müssen sichtbares Handeln nach sich ziehen, folgenlose Strategiepapiere sind einfach nicht genug. Die so entstehenden Vorgaben sollten dann auch Grundlage des Handelns in Wirtschaft und Industrie sein, vor allem aber müssen sie den Aufbau leistungsfähiger und an die Bedingungen der sich ändernden Lage angepasster Streitkräfte sichtbar machen.

Ein weiteres Faktum darf auch nicht übersehen werden: Die Entwicklung unserer Welt wird langfristig von dem Wettbewerb zwischen den USA und China bestimmt werden. Das Entstehen einer neuen Bipolarität ist wahrscheinlicher als die oft genannte Multipolarität.

In dieser Entwicklung sollte Deutschland bedenken, dass gegenwärtig die Faktoren, die für eine neue Dominanz der USA sprechen, stärker sind als die für China sprechenden: Die USA sind technologisch allen anderen Staaten der Welt weit voraus, sie sind in vielerlei Hinsicht nahezu autark, sie verfügen über die stärksten und leistungsfähigsten Streitkräfte der Welt, die insbesondere die Weltmeere ebenso beherrschen wie Weltraum und Cyberspace, sie haben mit



Eine neue Bipolarität in der Welt ist wahrscheinlicher als Multipolarität – und zwar zwischen den USA und China.



dem Dollar das noch immer wichtigste und noch auf lange Sicht globale Zahlungsmittel in der Hand und sie sind von allen großen Mächten die einzige, deren Bevölkerung wachsen und zugleich jünger werden wird. Deutschland ist aus all diesen Gründen gut beraten, seine Bindung an die USA zu festigen und zu stärken.

Europas Rolle dagegen ist mehr als begrenzt, vor allem weil die EU gespalten ist und durch den voraussichtlich zunehmenden Einfluss illiberaler Kräfte gespalten bleiben wird. Die fehlende Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich hat der EU den Motor genommen, der Brexit hat Europa der gestaltenden pragmatischen Kraft Großbritanniens beraubt und noch ist offen, ob und in welcher Weise Polen sein wachsendes Gewicht zur Geltung bringen kann. Europa muss Wege finden, schnell handlungsfähig und verteidigungsbereit zu werden. Dabei muss auch den Gedanken eines Beginns mit einem Kerneuropa neuer Raum gegeben werden.



**Europa ist im Inneren gespalten
und zunehmend illiberalen
Kräften ausgesetzt.**

Europa kann bis auf Weiteres nur im engen Verbund mit den USA gestaltend wirken, solange man in Washington erkennt, dass der amerikanische Einfluss auf ihre europäische Gegenküste Voraussetzung für die globale Dominanz der USA ist. Dieses Argument muss Europa im Vorfeld der US-Wahlen stärker als bislang nutzen. Niemand in Europa kann das wirkungsvoller tun als ein Deutschland, das seine Verpflichtungen erfüllt und das durch die enge wirtschaftliche Verflechtung beider Staaten besonderes Gewicht hat.

Dazu gilt es, eine entscheidende Voraussetzung im Inneren und möglichst parteiübergreifend zu schaffen: Staat und Gesellschaft müssen begreifen, dass eine verteidigungsbereite Bundeswehr und eine zum Handeln auch in der Konfrontation entschlossene und zum Schutz von Recht und Demokratie bereite Gesellschaft Voraussetzung für den Erhalt des Friedens in Europa und der dafür unersetzlichen transatlantischen Bindung sind. Jeder ist gefordert, dafür einzutreten, und die Gesellschaft als Ganzes muss begreifen, dass unverändert richtig ist: Sicherheit ist zwar nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts.



Wir müssen begreifen: Für Frieden in Europa braucht es Verteidigungsbereitschaft, Geschlossenheit und die transatlantische Bindung.



Autor

General a. D. Dr. h. c. **Klaus Naumann**, geboren 1939 in München, war von 1991 bis 1996 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 1996 bis 1999 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

Klaus Naumann im digitalen Doppelpack auf dem RHI-YouTube-Kanal:

RHI-Kontexte



Anhand aktueller und vergangener Krisensituationen beschreibt General a. D. Klaus Naumann im Gespräch mit Gastgeber Dr. Martin Lang, wo strategische Führung gelungen ist und wo sie versäumt wurde. Sie diskutieren zudem die selbst verschuldete Verwundbarkeit Europas und Deutschlands. Warum ist das Heer der Bundeswehr so schlecht ausgestattet und wie kann Vertrauen neu aufgebaut werden? Zum Schluss besprechen die beiden wichtige nationale Fähigkeiten und den Umgang mit revisionistischen Staaten.

RHI-Podcast



Gastgeberin Tina Maier-Schneider über das Gespräch: »Angesichts seiner Vita bin ich mit Ehrfurcht in das Gespräch mit Klaus Naumann gegangen. Aber Ehrfurcht, sagt er mit einem Augenzwinkern, stehe nur dem Papst zu. Begegnet ist mir ein freundlicher und warmherziger Mann, der überraschend offen über sein Leben und seine lange Karriere erzählt hat, über historische Momente, schwierige Entscheidungen und darüber, wie es war, Hans-Dietrich Genscher Kontra zu geben. Wir sprechen über Verantwortung, Vorbilder, Demut und Familie. Als er seinen Besuch als erster ausländischer Gast an der Nationalen Verteidigungsakademie Israels beschreibt, haben alle im Raum Tränen in den Augen. Diese Folge ist eine ganz besondere.«

RHI-Publikationen

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung | Zukunft



**FÜHRUNG IN ZEITEN
GESELLSCHAFTLICHER
UMBRÜCHE**

Lehren aus historischen
Beispielen

Thorsten Krings

Gesellschaft
denken

Position **19**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung | Zukunft

**IMPULSE
2024**

Freiheit der Wissenschaft | Digitaler Romanismus | Möglichkeitenkultur |
Kulturgesellschaft | Intellektuelle Mobilität | Globalität |
Europäische Geopolitik | Schutzmarkenrecht | Perspektiven der Genetik



Position **17**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung | Zukunft



**DIE AUTOKRATISCHE
HERAUSFORDERUNG**

Wie sich liberale Demokratien
dagegen behaupten können

Thomas Willems

Gesellschaft
denken

Position **18**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung | Zukunft



**LEBENSARBEITSZEIT
IM INTERNATIONALEN
VERGLEICH**

Die Bedeutung der Silver Worker
für die Fachkräftesicherung

Dominik H. Enste
Moritz Weisling
Julia Henning

Gesellschaft
denken

Studie **38**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung | Zukunft

**IMPULSE
SPEZIAL**

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Gründervorteilismus | Soziale Vergütung | Wirtschaftsförderung |
Breite Heilung Finanzkrisen 2008 | Ökonomie, Medien, Bildung |
Wirtschaftspolitik | Arbeitsmarkt | Diskriminierung | Resilienz



Position **17**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung | Zukunft



**DEMOKRATIE
UND AUTOKRATIE**

Die Idee freiheitlicher
Selbsterschaft und
ihre Bedrohung

Günter Fröhlich

Gesellschaft
denken

Position **17**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung | Zukunft

**Wie resilient ist die
Soziale Marktwirtschaft im
internationalen Vergleich?
Zur Widerstandsfähigkeit von
Wirtschaft, Staat und Gesell-
schaft in der Transformation**

Michael Hüther
Dominik H. Enste
Jennifer Pothoff

Gesellschaft
denken

Studie **37**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung | Zukunft

**IMPULSE
2023**

Klassische Intelligenz | Energieversorgung | Klimaschutz | Sicherheitspolitik |
Historische Genetische Fakten | Genetische Verschiebung | Zusammenhalt in der Krise |
Intellektuelle Mobilität | Roman Herzog Forschungsprogramm



Position **17**

Die Publikationen des Roman Herzog Instituts gibt es zum kostenlosen Download auf www.romanherzoginstitut.de/publikationen oder hier:



Die internationale strategische Lage

Einschätzungen zu Beginn des Jahres 2024

Die Menschheit steht am Beginn der Entwicklung einer neuen Weltordnung. Dabei ist offen, ob sie weiterhin regelbasiert sein wird wie die Nachkriegsordnung, die uns in (West-)Europa fast 80 Jahre Frieden und Sicherheit beschert hat.

General a. D. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, zeichnet die aktuellen Linien kriegerischer Konflikte nach und skizziert eine sicherheitspolitische Agenda für Deutschland und Europa. Sein Debattenbeitrag reiht sich ein in den RHI-Themenschwerpunkt »strategische Führung«.

ROMAN HERZOG | INSTITUT

Werte | Führung | Zukunft

Roman Herzog Institut e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
www.romanherzoginstitut.de

ISBN 978-3-941036-73-4

